



## Informationsblatt: Ernährungssouveränität

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde 1996 von der internationalen Vereinigung von Kleinbauern und -bäuerinnen *Via Campesina* auf dem Welternährungsgipfel in Rom vorgestellt. Es beschreibt deren Antwort auf das Problem des Welthungers und ist gleichzeitig als politische Forderung zu verstehen. Eine umfassende Definition, auf die sich Autor\*innen und Aktivist\*innen gleichermaßen beziehen, ist die der internationalen Nichtregierungsorganisation *Planning Committee on Food Sovereignty*, die Ernährungssouveränität 2002 definierten als

„das Recht von Gemeinschaften, Völkern und Ländern, ihre eigene Landwirtschafts-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Landpolitiken zu bestimmen, welche ökologisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell ihren einzigartigen Bedingungen angemessen sind. Sie schließt das wirkliche Recht auf Nahrung – und Nahrung zu produzieren – mit ein. Das bedeutet, dass alle Menschen das Recht haben auf sichere, nahrhafte und kulturell angemessene Nahrung, auf die Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion und auf die Fähigkeit sich selbst und ihre Gesellschaften zu versorgen“ (Übersetzung in Paasch 2009: 23).

Das Besondere am Konzept der Ernährungssouveränität ist, dass es nicht nur das Recht eines jeden Menschen auf nahrhafte und angemessene Nahrung beinhaltet, sondern auch das Recht auf Selbstbestimmung sowohl der Produzent\*innen von Nahrungsmitteln als auch der Konsument\*innen. Es umfasst das Recht Nahrung zu produzieren und stellt damit den Zugang zu Land und Produktionsmitteln für Kleinbauern und -bäuerinnen in den Vordergrund. Damit geht es über bisherige Konzepte (Recht auf Nahrung, Ernährungssicherheit) hinaus. Michael Windfuhr und Jennie Jonsen (2005) beschreiben Ernährungssouveränität deswegen als „Demokratie in lokalen Ernährungssystemen“. Vor diesem Hintergrund sind mit dem Konzept der Ernährungssouveränität auch politische Forderungen verbunden.

Zu diesen gehören umverteilende Land- und Agrarreformen (z.B. durch die Vergabe von Landtiteln an formal landlose Kleinbauern und -bäuerinnen), der Schutz natürlicher Ressourcen, Vorrang lokaler Nahrungsmittelproduktion vor Billigimporten, ein Ende der Gewalt gegenüber ländlichen Gemeinschaften und die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung von Kleinbauern und -bäuerinnen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene (Windfuhr/ Jonsen 2005; Forster 2008).

Eine Schwäche des Konzepts ist jedoch, dass das Recht zu produzieren, völkerrechtlich nicht anerkannt ist und deswegen juristisch nicht umgesetzt werden kann. Somit beschreibt das Konzept zwar einen Idealzustand, mag aber zum Teil utopisch anmuten. Auch bezieht sich das Konzept der Ernährungssouveränität nicht auf Staatenpflichten, wie etwa die Menschenrechte, wodurch sich alle Staaten, die die allgemeine Erklärung der Menschenrechte in nationales Recht übernommen haben, verpflichten, diese Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Dies gilt für Ernährungssouveränität bisher nicht, auch wenn es eine zentrale Forderung von *Via Campesina* ist, Ernährungssouveränität als Menschenrecht anzuerkennen (Paasch 2009: 25).

### Literatur

Forster, Franziska (2008): Ernährungssouveränität: Alternativen, Widerstand und Perspektiven. Über die gesellschaftspolitische Relevanz von Ernährung, in: Kurswechsel 3/2008, Wien: Sonderzahl Verlag, 59-69.

Paasch, Armin (2009): Kampf gegen den Hunger - Paradigmen im Widerstreit, in: Gabbert, Karin; Gabbert, Wolfgang; Krämer, Michael u.a (Hrsg.): Über Lebensmittel. Münster: Westfälisches Dampfboot (Jahrbuch Lateinamerika), 16-35.

Windfuhr, Michael; Jonsen, Jennie (2005): Food Sovereignty. Towards Democracy in Localised Food Systems, ITDG Publishing und FIAN International, Warwickshire.



## Informationsblatt: Industrielle Landwirtschaft

Die kapitalintensive Produktion und der Einsatz von agrartechnischen Maschinen, die menschliche Arbeitskraft und den Einsatz von Tieren in der Landwirtschaft ersetzen, kennzeichnen die industrielle Landwirtschaft (IAASTD 2009: 563f). Sie geht meistens einher mit einem erhöhten Einsatz von Pestiziden und Dünger. Neben agrartechnischen Maschinen sind die Züchtung und Weiterentwicklung von Pflanzen ein wesentlicher Bestandteil industrieller Landwirtschaft, zu welcher auch die Entwicklung und der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gehört.

Kritiker\*innen industrieller Landwirtschaft sehen in ihr die Ursache für die Degradierung und Verschmutzung fruchtbarer Böden weltweit. Studien zeigen, dass die Böden in vielen Regionen der Welt, beispielsweise Europa, USA, China, Australien, deutlich an organischer Substanz – dazu gehören Humus und Bodenlebewesen – verloren haben. Das bedeutet, die natürliche Fruchtbarkeit der Äcker ist gesunken. Zurückzuführen sei dieses Phänomen insbesondere auf die langjährige Nutzung durch industrielle Landwirtschaft. So führe der Einsatz von Hochleistungssaatgut, Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel, der monokulturelle Anbau mit engen Fruchtfolgen und eine intensive Bewässerung dazu, dass der Humusgehalt der Böden, der wesentlich deren Fruchtbarkeit bestimmt, immer mehr abnehme. Der Lebensraum der Organismen, die für eine Auflockerung der Böden sorgen, schrumpfe, die Bodenstruktur verfallende und die Böden würden sich verdichten. Verschiedene Funktionen wie die Lebensraumfunktion für Nützlinge und andere Tierarten würden gestört.

Kritiker\*innen beklagen darüber hinaus, dass in der industriellen landwirtschaftlichen Produktion wenig Arbeitskraft benötigt wird, wodurch sich die Arbeitslosigkeit auf dem Land erhöhe. Daten von Landmatrix.org zeigen, dass in mehr als 50% der untersuchten Fälle industrieller Landwirtschaft pro 1.000 Hektar schätzungsweise weniger als 150 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dies hängt insbesondere mit der kapitalintensiven Produktionsweise zusammen – häufig wird hochtechnologisiert produziert. Es wird auch bemängelt, dass

der gestiegene Wettbewerb und die Zunahme immer größerer industriell bewirtschafteter Plantagen, zur Verdrängung kleinerer, lokaler Landwirt\*innen und somit langfristig zur Verdrängung kleinbäuerlicher Landwirtschaft führe.

Der Weltagrarbericht stellt außerdem fest, dass die Abhängigkeit kleiner Landwirt\*innen von großen, multinationalen Pestizid- und Saatgutunternehmen wie Monsanto, Bayer oder BASF zugenommen habe. Hochgezüchtetes oder genmanipuliertes Saatgut können Landwirt\*innen nicht selbst herstellen und sind deswegen auf diese multinationalen Konzerne angewiesen. So kontrollieren heute drei Unternehmen (Syngenta, BASF, Bayer) 52% des globalen Saatgutmarkts.

Auch dem Argument, es bräuchte industrielle Anbaumethoden und Forschungsinvestitionen um die Weltbevölkerung langfristig zu ernähren, widersprechen Kritiker\*innen. Nach Berechnungen der ETC Group, die sich kritisch mit der industriellen Lebensmittelproduktion auseinandersetzt, wird nur 30% der weltweit konsumierten Lebensmittel mit industriellen Landwirtschaftsmethoden hergestellt, während 70% nach wie vor von Kleinbauern und -bäuerinnen angebaut wird (ETC Group 2017; Beste 2015; IAASTD 2009; Nolte et al. 2016).

Befürworter\*innen industrieller Landwirtschaft verweisen meist auf die wachsende Weltbevölkerung und die Notwendigkeit diese auch in Zukunft ernähren zu können. Eine Ertragssteigerung der Landwirtschaft sei hierfür unabdingbar. Lebten 1990 noch 5,3 Milliarden Menschen auf der Erde, waren es 2014 schon 7 Milliarden. Bis 2050 rechnet die Weltbank mit einer Weltbevölkerung von 9 Milliarden Menschen. Eine Ertragssteigerung in der Landwirtschaft, so die Befürworter\*innen industrieller Anbaumethoden, sei nur durch die Verbesserung von Pflanzen und Anbaumethoden möglich und hierfür brauche es Kapitalinvestitionen in die Forschung, wozu nur große Agrarunternehmen fähig seien. Dabei verweisen sie nicht selten auf die Erfolge der grünen Revolution seit Anfang der 1960er Jahre. Damals wurden in internationalen Agrarforschungsinstituten neue Sorten (sog. Hybridsorten), vor allem von Mais und Weizen, entwickelt, womit die weltweit stagnierenden Erträge erhöht werden konnten. So wird argumentiert, dass höhere Erträge nur durch Innovationen erreicht werden könnten. Für Innovationen brauche es Kapital, das kleinbäuerliche Betriebe nicht hätten. Auch deutsche Bundes-

ministerien stellen fest, dass Innovationen in der Landwirtschaft Erträge erhöht haben, sodass ein\*e Landwirt\*in heute 129 Menschen ernähren kann, während es 1950 nur zehn waren.

Des Weiteren verweisen Befürworter\*innen darauf, dass die landwirtschaftliche Produktion von der Natur und dem Klima abhängig sei und deswegen vielfachen Risiken ausgesetzt sei. Dürren, Unwetter, Unkräuter und Schädlinge oder die nachlassende Fruchtbarkeit des Bodens führen zu schlechten oder ausfallenden Ernten und die industrielle Landwirtschaft könne helfen, diese Risiken zu minimieren oder zu kompensieren. So habe beispielsweise die gentechnische Forschung Pflanzen entwickelt, die auch in sehr regenarmen Gegenden wachsen oder selbst Insektizide produzieren und somit immun gegen bestimmte Schädlinge sind (BMBF/ BMBL/ BMZ 2014).

## Literatur

Beste, Andrea (2015): Intensivfeldbau: Industrielle Landwirtschaft mit Zukunftsproblemen, Berlin: Heinrich Böll Stiftung, URL: <https://www.boell.de/de/2014/12/16/intensivfeldbau-industrielle-landwirtschaft-mit-zukunftsproblemen> (letzter Abruf: 23.11.2017).

BMBF; BMBL; BMZ (2014): Nahrung für Milliarden. Forschungsaktivitäten der Bundesregierung als Beitrag zur globalen Ernährungssicherung, URL: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie246\\_nahrung\\_fuer\\_milliarden.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie246_nahrung_fuer_milliarden.pdf) (letzter Abruf: 04.10.2017).

ETC Group (2017): Who Will Feed Us? The Industrial Food Chain vs. The Peasant Food Web, 3. Aufl., URL: <http://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-whowillfeedus-english-webshare.pdf> (letzter Abruf: 23.11.2017).

IAASTD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) (2009): Agriculture at a crossroads. Global Report, Washington: Island Press, URL: [http://www.fao.org/fileadmin/templates/est/Investment/Agriculture\\_at\\_a\\_Crossroads\\_Global\\_Report\\_IAASTD.pdf](http://www.fao.org/fileadmin/templates/est/Investment/Agriculture_at_a_Crossroads_Global_Report_IAASTD.pdf) (letzter Abruf: 05.09.2017).

Nolte, Kerstin; Chamberlain, Wytke; Giger, Markus (2016): International Land Deals for Agriculture. Fresh insights from the Land Matrix: Analytical Report II, URL: [http://www.landmatrix.org/media/filer\\_public/ab/c8/abc8b563-9d74-4a47-9548-cb59e4809b4e/land\\_matrix\\_2016\\_analytical\\_report\\_draft\\_ii.pdf](http://www.landmatrix.org/media/filer_public/ab/c8/abc8b563-9d74-4a47-9548-cb59e4809b4e/land_matrix_2016_analytical_report_draft_ii.pdf) (letzter Abruf: 07.03.2017).



## Informationsblatt: Land Grabbing

Der Begriff *Land Grabbing* ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung relativ neu. Mit dem Anstieg von Investitionen in Land fand er mit der Zuspitzung multipler Krisenprozesse (Finanz- und Wirtschaftskrisen, Nahrungsmittelpreiskrise, Energie- und Klimakrise) ab 2007/2008 Eingang in medialen, politischen und wissenschaftlichen Debatten. *Land Grabbing* ist ein politisierter Begriff. Von Kritiker\*innen wird er in Abgrenzung zum scheinbar neutralen Begriff der „Investitionen in Land“ verwendet. Er impliziert zumeist eine kritische Haltung gegenüber aktuellen Prozessen globaler „Landinvestitionen“ oder „Landtransaktionen“ (Engels/Dietz 2011: 399).

Es gibt keine einheitliche Definition von *Land Grabbing*. In unserem Verständnis – in Anlehnung an Borras et al. 2012 – ist *Land Grabbing* die großflächige Inkontrollnahme von Land und den damit verbundenen Rohstoffen seit dem Höhepunkt der multiplen Krise um 2006-2008. Die Prozesse können vielfältig sein: Die illegale Aneignung, aber auch der Kauf oder die Pacht von Land oder vertragslandwirtschaftliche Abkommen können Formen von *Land Grabbing* sein. Große multinationale Unternehmen spielen dabei eine zentrale Rolle und nutzen das Land in der Folge häufig für den Abbau von Rohstoffen oder die industrielle Landwirtschaft (Borras et al. 2012: 405).

Die Debatte um *Land Grabbing* ist polarisiert. *Land Grabbing*-Kritiker\*innen – bestehend aus sozialen Bewegungen, NGOs sowie kritischen Wissenschaftler\*innen – betonen vor allem die Aspekte der Enteignung und der Vertreibung der lokalen Bevölkerung, Bauern und Bäuerinnen sowie Indigenen durch große transnationale Unternehmen. Es wird argumentiert, dass diese ihre Lebensgrundlage verlieren, wodurch Armut und Hunger verstärkt und nicht verringert würde. Darüber hinaus schufen diese Landinvestitionen deutlich weniger Arbeitsplätze als erhofft – die geschaffenen Arbeitsplätze sind oft prekär. Neben ökonomischen Ungleichheiten wird argumentiert, dass auch kulturelle und ethnische Ungleichheiten verstärkt würden. Zudem verweisen sie auf die resultierenden Umweltproblematiken, welche beispielsweise durch den Einsatz von Pestiziden, genmani-

puliertem Saatgut und dem monokulturellen Anbau hervorgerufen werden (Li 2011; Engels/Dietz 2011; Nolte et al. 2016).

Die Befürworter\*innen, wie beispielsweise internationale Organisationen, Regierungen, Unternehmen und neoliberale Think Tanks, verwenden in der Regel den entpolitisierten Begriff „Landinvestitionen“ und heben erhoffte positive Effekte für die Entwicklung von ländlichen Regionen hervor. Es wird argumentiert, dass diese Investitionen Arbeitsplätze schaffen und dadurch Armut verringert werden könne. Des Weiteren würden vorher abgelegene Gebiete erschlossen und durch die Verbesserung der Infrastruktur, wie beispielsweise durch den Bau von Straßen oder Häfen, an globale Märkte angeschlossen. Dies verstärke weitere Investitionen in die Regionen und schaffe zudem Haushalts- und Deviseneinnahmen für den Staat. Außerdem wird mit der effizienten landwirtschaftlichen Nutzung „leerstehender“ Flächen geworben, wodurch die nationale und globale Ernährung sichergestellt werden könne (Engels/Dietz 2011: 399; Borras/Franco 2012: 34-35).

## Literatur

Borras, Saturnino M.; Franco, Jennifer C. (2012): Global Land Grabbing and Trajectories of Agrarian Change: A Preliminary Analysis, in: *Journal of Agrarian Change* 12(1), 34-59.

Borras, Saturnino Jr.; Kay, Christobal; Gomez, Sergio; Wilkinson, John (2012): Land grabbing and global capitalist accumulation: key features in Latin America, in: *Canadian Journal of Development Studies* 33(4), 402-416.

Engels, Bettina; Dietz, Kristina (2011): Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: *PERIPHERIE* 124(31), 399-420.

Li, Tania M. (2011): Centering labor in the land grab debate, in: *The Journal of Peasant Studies* 38 (2): 281-298.

Nolte, Kerstin; Chamberlain, Wytiske; Giger, Markus (2016): International Land Deals for Agriculture. Fresh insights from the Land Matrix: Analytical Report II, URL: [http://www.landmatrix.org/media/filer\\_public/ab/c8/abc8b563-9d74-4a47-9548-cb59e4809b4e/land\\_matrix\\_2016\\_analytical\\_report\\_draft\\_ii.pdf](http://www.landmatrix.org/media/filer_public/ab/c8/abc8b563-9d74-4a47-9548-cb59e4809b4e/land_matrix_2016_analytical_report_draft_ii.pdf) (letzter Abruf: 07.03.2017).



## Informationsblatt: Palmöl

Ölpalmen (auch *palma africana*) werden zur Produktion von Pflanzenöl angebaut, das aus dem Fruchtfleisch der Palme gewonnen wird. Die Produktion von Palmöl ist vergleichsweise kostengünstig und macht ein Drittel der weltweiten Pflanzenölproduktion aus. Aufgrund seiner chemischen Eigenschaften ist es in der Lebensmittel- und Chemieindustrie vielfach einsetzbar. Auch für die Produktion von Strom und Wärme und als Agrartreibstoff kann Palmöl verwendet werden. Diese machen inzwischen fünf Prozent der weltweiten Palmölproduktion aus, mit steigender Tendenz. Der weltweite Konsum wuchs zwischen 1998 und 2009 von 17 auf 45 Millionen Tonnen, 80% davon werden in Südostasien produziert. Die Anbaufläche hat sich seit Anfang der 1990er Jahre weltweit verdoppelt und beläuft sich inzwischen auf eine Fläche von 12 Millionen Hektar, was etwa einem Drittel der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Ölpalmen wachsen besonders in tropischen Regionen mit viel Sonne und Niederschlag. Die größten Unternehmen im Palmölsektor kommen aus Südostasien. Palmölpflanzen werden auf großen Plantagen angebaut, die häufig rund um die Palmölmühlen angeordnet sind. Da die Palmölfrüchte innerhalb von 24 Stunden weiterverarbeitet werden müssen, ist eine räumliche Nähe der Plantagen zu den Mühlen unabdingbar. Der Anbau von Palmöl wird von den Unternehmen selbst oder von Vertragslandwirt\*innen übernommen. Die Ausgestaltung der Verträge ist je nach Unternehmen individuell (WWF 2012; Backhouse 2015).

Die Nachfrage nach Palmöl wächst rasant und tropische Regenwälder werden hierfür gerodet. In Südostasien werden dadurch viele Torfböden zerstört, wodurch CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre freigesetzt wird, was zum weltweiten Klimawandel beiträgt. Die monokulturellen Plantagen bedrohen die biologische Vielfalt und rauben Tierarten wie bspw. dem Orang-Utan den Lebensraum. Auch auf die Bevölkerung in den Anbaugebieten wirkt sich die Ausweitung des Palmölanbaus negativ aus. *Brot für die Welt* hat zahlreiche Vertreibungen ländlicher Bevölkerung durch den Palmölanbau in Indonesien dokumentiert. Landmatrix.org, eine Online-Datenbank und Landkarte, die Informationen über das Geschäft mit Land weltweit sammelt, be-

richtete von Landnahmen in der Größenordnung von mehr als sechs Millionen Hektar durch Palmölprojekte. Die Umnutzung von Land für die Palmölproduktion ist damit die häufigste Ursache für große Landtransaktionen. Für diejenigen, die Arbeit auf den Plantagen finden, sind die Arbeitsbedingungen oft prekär. Die Arbeit ist in der Regel befristet, schlecht bezahlt und schädlich für die Gesundheit der Arbeiter\*innen. Die Arbeiter\*innen sind oft Arbeitsmigrant\*innen, die häufig ausgebeutet werden und zum Beispiel in Malaysia in einer sklavenähnlichen Abhängigkeit zum\*zur Arbeitgeber\*in stehen (WWF 2012; Brot für die Welt 2012; Pye 2015; Dietz et al. 2015).

Unternehmensverbände, staatliche Institutionen und auch einige Umwelt-NGOs betonen, dass die Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen, die in der Palmölproduktion dokumentiert wurden, nicht grundsätzlich mit dem Anbau zu tun haben, sondern daraus resultierten, dass der Anbau nicht kontrolliert wird. So argumentiert der WWF, dass die Auswirkungen des Anbaus von Ölpalmen davon abhängen, wie die Produktion organisiert wird. Deswegen hat der WWF zusammen mit verarbeitenden Unternehmen (Unilever, Henkel, Rewe) das Forum Nachhaltiges Palmöl in Deutschland ins Leben gerufen. Auch auf internationaler Ebene gibt es solche Initiativen, insbesondere den *Roundtable for Sustainable Palm Oil*. Er vergibt Zertifizierungen an Unternehmen, die Palmöl produzieren, insofern sie gewisse Umweltstandards einhalten.

Um die Möglichkeit der nachhaltigen Palmölproduktion zu belegen, wird argumentiert, dass Ölpalmen im Vergleich zu anderen Ölpflanzen weniger Fläche beanspruchen würden. Der Flächenertrag von Sonnenblumen, Soja und Kokos ist im Durchschnitt drei Mal geringer als für Ölpalmen. Mit einer vergleichsweise geringen Fläche könnten Ölpalmen einen großen Teil des weltweiten Bedarfs an Pflanzenöl abdecken. Zudem könnte Palmöl für die Produktion von Agrartreibstoffen verwendet werden, womit die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden könnte.

Darüber hinaus könnte die steigende Nachfrage nach Palmöl für die Entwicklung ländlicher Regionen genutzt werden. Im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Produkten (wie Soja oder Sonnenblumen) würde in der Palmölproduktion Arbeitskraft gebraucht und auch in Zukunft gebraucht werden, was die dauerhafte Sicherung von

Arbeitsplätzen in der Produktion erwarten ließe (WWF 2012; Forum Nachhaltiges Palmöl 2016).

## Literatur

Backhouse, Maria (2015): Grüne Landnahme – Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brot für die Welt (2012): Der hohe Preis des Palmöls Menschenrechtsverletzungen und Landkonflikte in Indonesien, URL: [http://www.fairtrade.de/cms/media//pdf/brot\\_fuer\\_die\\_welt\\_der\\_hohe\\_preis.pdf](http://www.fairtrade.de/cms/media//pdf/brot_fuer_die_welt_der_hohe_preis.pdf) (letzter Abruf: 22.09.2017).

Dietz, Kristina; Engels, Bettina; Pye, Oliver; Brunnengräber, Achim (2015): The Political Ecology of Agrofuels. Abingdon: Routledge.

Forum Nachhaltiges Palmöl (2016): Palmöl. Das weltweit wichtigste Pflanzenöl, URL: [https://www.forumpalmoel.org/imglib/downloads/Palmoel\\_Leporello\\_online\\_Version.pdf](https://www.forumpalmoel.org/imglib/downloads/Palmoel_Leporello_online_Version.pdf) (letzter Abruf: 16.11.2017).

Pye, Oliver (2015): Transnational space and workers' struggles. Reshaping the palm oil industry in Malaysia, in: Dietz, Kristina; Engels, Bettina; Pye, Oliver; Brunnengräber, Achim (Hrsg.): The Political Ecology of Agrofuels. Abingdon: Routledge, 186-201.

WWF (2012): Palmöl: Fluch oder Segen? Wie ein Rohstoff Klima und Regenwald bedroht und dennoch auf eine grünere Zukunft hoffen lässt, URL: [http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Dossier\\_Palmoel\\_WWF\\_Kurzfassung.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Dossier_Palmoel_WWF_Kurzfassung.pdf) (letzter Abruf: 22.09.2017).



## Informationsblatt: Vertragslandwirtschaft

Im Modell der Vertragslandwirtschaft wird eine Vereinbarung zwischen Landwirt\*in und Abnehmer\*in (meist größere Unternehmen) über die Produktion und Belieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen geschlossen. Auf Grundlage dieser vertraglichen oder mündlichen Vereinbarung produzieren Landwirt\*innen, während der abnehmende Betrieb die Erzeugnisse in der Regel weiterverarbeitet und verkauft. Der abnehmende Betrieb sichert den Landwirt\*innen den Kauf einer festgelegten Menge der Produkte zu. Ebenso werden die Qualität und der Zeitpunkt der Abnahme sowie meistens auch der Preis vorab festgelegt. Häufig stellt der abnehmende Betrieb für den Anbau benötigte Ressourcen wie Saatgut, Dünger, Technologien, Kredite oder Informationen bereit. Die Dauer der Vereinbarung variiert stark und kann für mehrere Jahrzehnte festgelegt oder für jede Ernte neu verhandelt werden.

Viele Agrarunternehmen setzen zunehmend auf das Modell der Vertragslandwirtschaft. Ein prominentes Beispiel ist der global agierende Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé. Das Unternehmen hat Verträge mit über 600.000 Landwirt\*innen in mehr als 80 Ländern. Vertragslandwirtschaft wird in verschiedenen Sektoren genutzt, beispielsweise der Geflügel-, Tee-, Zuckerrohr-, Baumwoll- oder Ölpalmenproduktion.

Die Vertragslandwirtschaft wird oft als der Königsweg für eine sozial verträgliche Ausgestaltung von Investitionen in Land angepriesen und nicht selten als Win-Win-Situation für Kleinbauern und -bäuerinnen und Investor\*innen dargestellt. Einige Entwicklungsorganisationen und Regierungen argumentieren, dass mit der Vertragslandwirtschaft sowohl die Interessen großer Agrarfirmer bedient, als auch das Entwicklungsziel der Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft erreicht werden könne. Viele Nichtregierungsorganisationen kritisieren hingegen, dass die Vertragslandwirtschaft weniger der Armuts- und Hungerbekämpfung diene, sondern den Profiten der Unternehmen nutze (FIAN 2012: 1; Vermeulen/Cotula 2010: 39).

## **Vertragslandwirtschaft aus Sicht von Unternehmen**

Große transnational agierende Unternehmen haben aufgrund der hohen und langfristig wahrscheinlich weiter steigenden Rohstoffpreise ein Interesse, sich an der Produktion von Rohstoffen direkt zu beteiligen. Die Vertragslandwirtschaft ist ein Instrument, um an Rohstoffe zu gelangen ohne selbst Land zu besitzen oder pachten zu müssen. Zudem kann ein vertragslandwirtschaftliches Modell der Produktion die Akzeptanz eines Agrarprojekts in der Bevölkerung erhöhen. Auch gibt es in einigen Ländern Obergrenzen für den Landbesitz ausländischer Firmen, der durch Vertragslandwirtschaft umgangen werden kann. Indem Unternehmen von Vertragslandwirt\*innen in unterschiedlichen Regionen ihre Rohstoffe anbauen lassen, reduzieren sie das Risiko von Ernteausfällen. Da sie nach wie vor eine starke Kontrolle über die Produktion behalten, wird gleichzeitig das Risiko minimiert, dass die Qualität des Produktes nicht adäquat sei oder die Erzeugnisse an Konkurrent\*innen verkauft werden könnte. Auf der anderen Seite sind Unternehmen darauf angewiesen, dass die Vertragslandwirt\*innen nach ihren Qualitätsstandards produzieren, was kontrolliert werden muss und weitere Kosten impliziert. Arbeiten Unternehmen mit vielen verschiedenen Vertragslandwirt\*innen zusammen, können die Transaktionskosten ebenfalls ins Gewicht fallen (Vermeulen/Cotula 2010).

## **Vertragslandwirtschaft aus Sicht von Kleinbäuer\*innen**

Kleinbauern und -bäuerinnen erhalten durch Vertragslandwirtschaft Zugang zu internationalen Märkten, zu Krediten und „modernen“ Anbautechniken. Die garantierte Abnahme sichert ihnen ein stabiles Einkommen und kann somit Armut reduzieren. Ob Vertragslandwirt\*innen höhere Einkünfte erzielen, ist jedoch umstritten und in hohem Maße abhängig von der Ausgestaltung des Vertrages.

Die Vertragslandwirtschaft birgt gleichzeitig viele Gefahren für Kleinbauern und -bäuerinnen. Sie tragen häufig die größeren Risiken wie Ernteausfälle oder schwankende Weltmarktpreise. Kaufen Vertragslandwirt\*innen landwirtschaftliche Inputs auf Kredit, besteht für die darüber hinaus das Risiko sich zu verschulden. Um Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, können sie gezwungen sein, die Erträge auf Kosten von Bodenerosion und Umweltverschmutzung zu steigern. Auch der Marktzugang ist begrenzt, da die Beteiligten in der

Regel nur an ein Unternehmen verkaufen, mit dem sie entsprechende Verträge abschließen. Je nach Vertragsabschluss hält sich auch der Technologietransfer in Grenzen, da Unternehmen in der Regel ihren Vertragslandwirt\*innen vorschreiben wie sie produzieren müssen und ihnen ihr eigenes technologisches Paket (Saatgut, Dünger, Pestizide) verkaufen. Die Kleinbauern und -bäuerinnen sind in diesem Fall sowohl bezüglich der landwirtschaftlichen Inputs als auch bei der Abnahme der Ernte von einem Unternehmen abhängig. Oft wurde an der Vertragslandwirtschaft auch kritisiert, dass deren Produkte meistens für den Weltmarkt bestimmt sind. Hierdurch fallen Landflächen weg, auf denen Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung produziert werden können – die Ernährungssouveränität kann somit eingeschränkt werden. In der Regel wird bei vertragslandwirtschaftlichen Modellen monokulturell angebaut, was u.a. Risiken für die Umwelt birgt.

Im Falle der Palmölproduktion ergibt sich für Kleinbauern und -bäuerinnen ein hohes Risiko. Die Anlage von Palmölplantagen erfordert zunächst hohe Investitions- und Betriebskosten und generiert erst nach einigen Jahren erste Einkommen. In Pará (Brasilien) beliefen sich die Installationskosten für Landwirt\*innen, welche ein Vertragsverhältnis mit Palmölproduzenten eingingen, auf knapp 3000 Euro pro Hektar – für brasilianische Verhältnisse eine hohe Summe. Aufgrund der Investitionskosten wird oft nur ein Teil der Kleinbauern und -bäuerinnen in die Produktion integriert und gleichzeitig andere verdrängt. Vertragslandwirtschaft kann also dazu führen, dass es immer weniger und größere landwirtschaftliche Betriebe gibt (Backhouse 2015; Singh 2002; Vermeulen/Cotula 2010; FIAN 2012)

## Literatur

Backhouse, Maria (2015): Grüne Landnahme – Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

FIAN (2012): Contract Farming – vertraglich aus dem Hunger? Eine menschenrechtliche Bewertung der boomenden Vertragslandwirtschaft, FIAN Fact Sheet 2012/6, URL: [http://www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/shop/Agarhandel/FS\\_Contract\\_Farming.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Agarhandel/FS_Contract_Farming.pdf) (letzter Abruf: 21.09.2017).

Singh, Sukhpal (2002): Contracting Out Solutions: Political Economy of Contract Farming in the Indian Punjab, in: *World Development*, 30(9), 1621–1638.

Vermeulen, Sonja; Cotula, Lorenzo (2010): Making the most of agricultural investment: A survey of business models that provide opportunities for smallholders, FAO/IIED, URL: <https://www.ifad.org/documents/10180/a314bc61-46ff-4df0-be1a-a9cc9ad1b3e9> (letzter Abruf: 24.11.2017).